

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 20. Juni 1979

am Donnerstag, dem 21. Juni 1979

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	12 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	10, 12 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 12 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4, 13 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5, 14 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	6, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	6, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	7, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	8, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	9, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	2

***) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien**

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

1. Abgeordneter
Dr. Geßner
(SPD) Ist es nach Auffassung der Bundesregierung unter Berücksichtigung von Theorie und Praxis gerechtfertigt, daß nach dem Gerichtsverfassungsgesetz für Streitigkeiten über die gesetzliche Unterhaltspflicht die Amtsgerichte mit jeweils nur einem entscheidenden Richter zuständig sind, obgleich hier stets um Summen von weit mehr als 3000 DM gestritten und durch die richterliche Entscheidung die Lebenssituation der Parteien regelmäßig auf die Dauer existenziell bestimmt wird, während für Streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche ab einem Streitwert von mehr als 3000 DM die Zuständigkeit der Zivilkammern der Landgerichte mit drei Berufsrichtern gegeben ist?
2. Abgeordneter
Dr. Geßner
(SPD) Ist nach Auffassung der Bundesregierung, insbesondere im Vergleich zu den erstinstanzlichen Verfahren vor den Landgerichten als Kollegialgerichten, ein adäquater Schutz für die Fälle eines Versagens eines als einzelner Richter entscheidenden Familiensrichters gegeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

3. Abgeordneter
Walther
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundeswehr und andere öffentliche Stellen des Bundes Treibstoffe für Sportflieger-Vereine zum verbilligten Preis liefern, und hält die Bundesregierung zutreffendenfalls angesichts der Mineralölverknappung solche verbilligten Treibstofflieferungen für die Zukunft noch für gerechtfertigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

4. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) Sieht die Bundesregierung in der Festlegung der Regelstudienzeit ein Hindernis dafür, daß Studenten zeitweilig im Ausland studieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Regelung über Schadenshaftung für Anlagen der Kernenergie im internationalen Vergleich, und beabsichtigt sie, im Hinblick auf internationale Standards wie auf Grund von gewonnenen Erfahrungen im Inland hierzu gegebenenfalls Änderungsvorschläge zu unterbreiten?
6. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie ist — nach Kenntnis der Bundesregierung — der gegenwärtige Stand der Verhandlungen zwischen Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke und Bundesverband der Deutschen Industrie/Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft über die stromwirtschaftliche Zusammenarbeit, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung gegebenenfalls daraus ziehen, daß die Zustimmung der Industrie-Verbands-gremien zu den Verhandlungsergebnissen durchaus offen ist?

- | | |
|---|---|
| 7. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung ebenfalls der in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit immer wieder aufgetretenen Meinung, daß das Abwasserabgabengesetz vom 13. September 1976 so nicht praktikabel und unwirtschaftlich sei, und beabsichtigt die Bundesregierung, gegebenenfalls eine Novellierung dieses Gesetzes vorzuschlagen? |
| 8. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) | Wie hoch wird die Höchsteinnahme im Jahre 1986 auf Grund des Abwasserabgabengesetzes sein, und wieviel Prozent der erwarteten Einnahme werden durch Verwaltungsaufwand aufgezehrt? |
| 9. Abgeordneter
Walther
(SPD) | Wie und durch welche bundesrechtlichen Vorschriften werden die Bürger gegen unzumutbaren Lärm, der von Sportflugzeugen ausgeht, geschützt, und sieht die Bundesregierung diesen Schutz als ausreichend an? |
| 10. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) | Hält die Bundesregierung an ihren Plänen fest, im Rahmen der Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes für Großfeuerungsanlagen im Wege einer Verordnung für das anfallende Abgas eine vollständige Erfassung zur Endreinigung vorzuschreiben? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) | Ist weiterhin beabsichtigt, diese Auflagen auch für bereits in Betrieb befindliche Wärmekraftwerke verbindlich zu machen? |
| 12. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß im öffentlichen Dienst des Bundes bei Stellenausschreibungen ein zeitweiliges Studium im Ausland bzw. ein Auslandspraktikum als wünschenswerte Qualifikation aufgeführt wird, um damit einen zusätzlichen Anreiz zur Weiterbildung im Ausland zu schaffen? |
| 13. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, den Datenschutz auch gegenüber der Presse zu verstärken, wie es zum Beispiel in dem insgesamt nicht mehr verfolgten Entwurf eines Presserechtsrahmengesetzes vorgesehen wird und wie es vom Datenschutzbefragten als flankierende Maßnahme zum Datenschutzgesetz gefordert worden war? |
| 14. Abgeordneter
Topmann
(SPD) | Genügt bei genehmigungspflichtigen Anlagen nach §§ 4 und 15 Bundesimmissionsschutzgesetz eine Mitteilung laut § 16 Bundesimmissionsschutzgesetz, wenn lediglich ein Aggregat durch ein neues ersetzt wird, dessen Leistung, Produktion und Betriebszwecke sich nicht ändern, das jedoch geringere Emissionen verursacht und den Unfallschutz über die Bestimmungen der Bauordnung nicht berührt, und wenn nein, ist die Bundesregierung bereit, das Gesetz in diesem Sinne zu vereinfachen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|--|--|
| 15. Abgeordneter
Bindig
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welchem Ausmaß Gewinne aus deutschen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern, mit denen ein Doppelbesteuerungsabkommen besteht, zunächst in die Bundesrepublik transferiert werden, um dann unter der Begünstigung des Entwicklungsländersteu- |
|--|--|

- ergesetzes wieder zur Investition im ursprünglichen Betrieb im Entwicklungsland eingesetzt zu werden, und wie beurteilt die Bundesregierung die dadurch gegebene Möglichkeit, sich nicht nur die ursprüngliche Investition, sondern auch alle Folgeinvestitionen in Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland steuerbegünstigen zu lassen?
16. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, ob deutsche Privatinvestitionen, die in der Bundesrepublik Deutschland bereits durch das Entwicklungsländersteuergesetz gefördert werden, noch durch nationale Förderungsbestimmungen der Entwicklungsländer begünstigt werden, und kann die Bundesregierung Angaben machen, welche Zuschußwirkungen durch eine solche Addition von Förderungen aus „Geberland“ und „Nehmerland“ höchstens erreicht werden können?
17. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Beschluß des Bundesfinanzministeriums und der Ländersteuerreferenten, wonach die Investitionszuwendungen nach dem Erstinnovationsprogramm sofort zu versteuern sind?
18. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Erstinnovationsprogramm so zu ändern, daß der angestrebte Effekt, gezielt kleine und mittlere Unternehmen bei ihren Innovationsvorhaben zu unterstützen, in der Praxis auch erreicht werden kann?
19. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(FDP)
- Hat die Bundesregierung aus den 1978 erstmals bereitgestellten Mitteln des Europäischen Sozialfonds für Beteiligungen an Maßnahmen zugunsten der beruflichen Weiterbildung von Frauen in den EG-Mitgliedstaaten trotz unausgenutzter Haushaltsmittel nur insgesamt 65600 ERE in Anspruch genommen, wenn ja, aus welchem Grund?
20. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(FDP)
- Woraus ergeben sich gegebenenfalls nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe für eine derart unterschiedliche Nutzung dieser Finanzierungshilfe durch die einzelnen Mitgliedstaaten der EG, wenn z. B. Frankreich ca. 4,8 Millionen ERE, Italien ca. 2 Millionen ERE, die Bundesrepublik Deutschland dagegen nur rund 65000 ERE im Jahre 1978 in Anspruch genommen hat?
21. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Wie hoch belaufen sich die unvorhergesehenen Steuermehreinnahmen, die als unmittelbare oder mittelbare Folge der Oel- und Benzinpreissteigerungen in diesem Jahr bis jetzt errechnet bzw. geschätzt werden können?
22. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Mehreinnahmen an die Verbraucher zurückfließen müssen, und auf welche Weise plant die Bundesregierung gegebenenfalls, dies sicherzustellen?
23. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Finanzamt Bonn-Innenstadt der Afrika-Fördergesellschaft e. V. (AFÖG) am 14. Dezember 1977 die Gemeinnützigkeit zuerkannt hat, obwohl dieser Verein erst am 12. Juli 1978 in das Vereinsregister in Bonn eingetragen worden ist, und obwohl dieser Verein politische Zwecke verfolgt (Unterstützung der Regierungspolitik der Südafrikanischen Union, Unterstützung der Rassentrennung, Unterstützung der sogenannten Demokratischen Turnhallen-Allianz), und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Entscheidung?

24. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Finanzamt Stuttgart Körperschaften der Vereinigung Internationaler Kulturaustausch e. V. die vom 19. März 1974 bis 30. September 1975 vorläufig gewährte Anerkennung als gemeinnützig und förderungswürdig inzwischen mit der Begründung aberkannt hat, der Verein verfolge politische Zwecke, er trete beispielsweise gegen Rassismus und Kulturchauvinismus und für die Menschenrechte ein, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Entscheidung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

25. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Läger der Mineralölgesellschaften mit Heizöl und Treibstoffen voll sind, die Gesellschaften aber den Händlern und Tankstellen nur gewisse Verkaufsmengen zuteilen, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls gegen diese Praktiken mit der Folge der enormen Preissteigerungen bei diesen Produkten zu unternehmen?
26. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welchen Erfolg der Appell des Bundesjustizministers an Spielzeugindustrie und Handel gehabt hat, freiwillig auf Produktion und Vertrieb von Kriegsspielzeug zu verzichten, und welche weiteren Maßnahmen werden gegebenenfalls von der Bundesregierung erwogen, um den Vertrieb von Kriegsspielzeug zu verhindern?
27. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung überprüft, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die vorhandene installierte Kraftwerkskapazität erhöht werden muß, um die Stromversorgung auch dann sicherzustellen, wenn Haushalte in großem Umfang durch nicht-unterbrechbare Wärmepumpenheizungen versorgt werden?
28. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Welche Auswirkungen hätte die Notwendigkeit, wegen des Einsatzes großer Mengen nichtunterbrechbarer Wärmepumpen in großem Umfang Kraftwerkskapazität vorzuhalten, um die Versorgung jederzeit sicherzustellen, auf den Strompreis?
29. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Wie und wann wird die Bundesregierung die Zusage einlösen, zur Förderung einer stärkeren Gewerbeansiedlung in Berlin vom Haushaltsjahr 1980 an Mittel bereit zu stellen, um dem Land Berlin eine schrittweise Senkung der Gewerbesteuer zu ermöglichen?
30. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach diese Zusage völlig unabhängig von den jährlichen Verhandlungen über die Bundeshilfe gilt?
31. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch darin, daß Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff einen Heizölengpass für möglich hält, den er mit marktwirtschaftlichen Mitteln überwinden will, während Staatsminister Dr. von Dohnanyi drastische Verbote erwägt und der Bundesminister für Forschung und Technologie dirigistische Maßnahmen nicht ausschließt, und wie erklärt sich die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Widerspruch?

- | | |
|--|--|
| 32. Abgeordnete
Milz
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung eine Rechtsverordnung nach § 21 Abs. 3 des Jugendarbeitsschutzgesetzes für gerechtfertigt, um damit dem Anliegen des Fleischerhandwerks Rechnung zu tragen, Auszubildende bereits ab 6.00 Uhr morgens beschäftigen zu dürfen? |
| 33. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch eine Veränderung der Ausbildungssituation im Sinne des Fleischerhandwerks die Funktionsfähigkeit dieser handwerklichen Betriebe zu verbessern? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|--|--|
| 34. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Ausgaben der sozialen Krankenkassen je Mitglied gegenüber dem Jahr 1977, trotz Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, wieder — zum Teil sogar sprunghaft — ansteigen, und wenn ja, wie lauten die Vergleichszahlen? |
| 35. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) | Auf welche Ursachen führt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Kostensteigerungen nach ihren Erkenntnissen zurück? |
| 36. Abgeordneter
Dr. Unland
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Verlagerung der Zuständigkeit für die Anerkennung als Schwerbehinderte von den Kommunalbehörden auf die Träger der Versorgungsverwaltung (§ 3 Schwerbehindertengesetz) Bearbeitungszeiten von mindestens einem halben Jahr bis zu einem Jahr und mehr entstanden sind, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus? |
| 37. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) | Gibt es bei der Erfassung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation von Jugendlichen erhebliche Dunkelziffern — wie die Presse meldete —, und wenn ja, wie groß sind schätzungsweise diese Zahlen? |
| 38. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) | Gibt es Tendenzen in ländlichen Räumen, daß fachlich qualifizierte Jugendliche in Ballungsräume abwandern müssen, um eine angemessene Beschäftigung zu finden, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Tendenzen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

- | | |
|--|--|
| 39. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wonach Margarine nicht vor dem Herztod schützt, sondern womöglich sogar die Krebsentstehung fördert (vgl. Spiegel Nr. 19/1979)? |
| 40. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, in ihr Forschungsprogramm Untersuchungen aufzunehmen, die Klarheit darüber schaffen, ob und inwieweit der Verzehr hochungesättigter Fettsäuren krankheitsverursachend ist? |

41. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD)
- Wie berurteilt die Bundesregierung Untersuchungsergebnisse des TÜV-Bayern, der auf Spielplätzen bei 129 von 182 Spielgeräten schwere Sicherheitsmängel festgestellt hat, und hält sie eventuell Regelungen für die Zulassung und regelmäßige Prüfungen z. B. von Kinderkarussells, -Rutschen, -Schaukeln und -Seilbahnen für notwendig?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

42. Abgeordneter
Roth
(SPD)
- Gibt es Pläne beim Bundesminister für Verkehr, das Post- und Fernmeldewesen, mit den entsprechenden Ministerien der EG-Staaten, Österreichs und der Schweiz dahin gehend Verhandlungen aufzunehmen, daß die Rabatte, die die Bundesbahn den Inhabern der Seniorenpässe auf den Inlandsstrecken gewährt, auch für die Fahrten in die oben genannten Staaten in Anspruch genommen werden können, und wenn ja, wie weit sind diese Pläne bereits konkretisiert worden?
43. Abgeordneter
Merker
(FDP)
- Trifft es zu, daß — wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 23. Mai 1979 berichtete — auf den Bundesautobahnen in Hessen abweichend von der im übrigen Bundesgebiet einheitlichen Handhabung eine andere Pfeildarstellung in der Autobahnwegweisung eingeführt ist, und wenn ja, welche Vorteile hat diese abweichende Regelung gegenüber der seit Jahrzehnten praktizierten Handhabung, und wer trägt die Kosten?
44. Abgeordneter
Merker
(FDP)
- Ist die Bundesregierung auf Grund der geschilderten Sachlage der Auffassung, daß — auch unter Berücksichtigung des Charakters des deutschen Autobahnverkehrs, der von hohem Ausländeranteil geprägt ist — auf eine im ganzen Bundesgebiet einheitliche Autobahnbeschilderung verzichtet werden kann, und was wird sie tun, um Bestrebungen nach Aufgabe der Einheitlichkeit auf dem Autobahnnetz entgegenzuwirken?
45. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, als Beitrag zur Bekämpfung des Verkehrslärms die Hubraumbegrenzung auf 50 ccm für Klein-Krafträder aufzuheben und stattdessen eine neue Definition des Klein-Kraftrads einzuführen?
46. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es angesichts der hohen Verkehrsdichte und der alarmierenden Unfallzahlen in unserem Land für vertretbar, Motorräder mit über 1000 ccm Hubraum und einer Höchstgeschwindigkeit von über 200 km/h zuzulassen?
47. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Trifft es zu, daß mit der Einführung des Sommerfahrplans und damit des „Ein-Stunden-Taktes“ bei Intercity-Zügen seit dem 28. Mai u. a. im Rhein-Main-Gebiet zahlreiche Nahverkehrs- und Berufszüge der Deutschen Bundesbahn mit geringerem Platzangebot, erheblichen Verspätungen und verschlechterten Umsteigemöglichkeiten verkehren?

- | | |
|--|--|
| 48. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) | Wird die Bundesregierung gegebenenfalls auf die Deutsche Bundesbahn einwirken mit dem Ziel, die derzeitige Bevorzugung des Fernverkehrs und Benachteiligung des Nah- und Berufsverkehrs mit Beginn des Winterfahrplans wieder zurückzunehmen und für eine gerechtere Berücksichtigung des Pendlerverkehrs zu sorgen? |
| 49. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Nutzlasten von Lkw's deutscher Bauart innerhalb der EG, trifft es danach zu, daß gleiche Lkw-Typen unterschiedliche Nutzlasten innerhalb der EG haben? |
| 50. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) | Wenn ja, kann die Bundesregierung begründen, weshalb deutsche Vorschriften eine geringere Nutzlast zulassen, was im Endeffekt doch zu einem wesentlich stärkeren Kraftstoffverbrauch führt? |
| 51. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) | Gibt es für den öffentlichen Personennahverkehr Schwierigkeiten, seinen Treibstoffbedarf mengenmäßig und zum Marktpreis zu decken? |
| 52. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) | Hält es die Bundesregierung für notwendig sicherzustellen, daß der öffentliche Personennahverkehr mit ausreichenden Treibstoffmengen zu angemessenen Preisen versorgt wird? |
| 53. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundespostministers, der mit Erlaß vom 6. April 1979 an die Oberpostdirektionen verfügt hat, daß es sich nach der Neufassung der Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue erübrige, Beschäftigte bei der Einstellung über die politische Betätigung gegen die demokratische Grundordnung zu belehren, und wie wird der Wegfall dieser Belehrung begründet? |
| 54. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) | Hält es die Bundesregierung mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn für vereinbar, daß der Beamte bei der Einstellung nicht mehr auf seine Pflichten, die ihm auf Grund der Verfassung und der Beamtengesetze obliegen, hingewiesen wird? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

- | | |
|---|---|
| 55. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) | Billigt die Bundesregierung die Veröffentlichung der Anzeige „Reisen, Entdecken, Erleben — 1979 — 30 Jahre DDR“ des „Reisebüros der Deutschen Demokratischen Republik“ im Aprilheft der Bundesbahnzeitschrift „Schöne Welt“? |
| 56. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) | Sind gleiche oder ähnliche Anzeigen in anderen Presseorganen erschienen oder vorgesehen, die von bundeseigenen Einrichtungen herausgegeben, in Auftrag gegeben, finanziert oder vertrieben werden? |
| 57. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß — wie die Presse meldet — westlichen Journalisten jegliche journalistische Tätigkeit in der DDR im Zusammenhang mit dem Strafprozeß gegen Robert Havemann untersagt worden ist, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen oder was wird sie unternehmen, um zusammen mit den anderen betroffenen westlichen Staaten diesem Verhalten der DDR-Behörden zu |

- begegnen und eine den bestehenden Abmachungen entsprechende freie Berichterstattung sicherzustellen?
58. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, auf Grund der Erfahrungen mit der Haltung der DDR in den Fragen der Freiheit der Berichterstattung durch Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland der DDR-Regierung die Bildung einer gemeinsamen Schiedskommission vorzuschlagen, in der alle Beschwerdefälle sofort unbürokratisch behandelt werden können?
59. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung auf die nach dem Transitabkommen fällige Rückzahlung von 176 Millionen DM durch die „DDR“ verzichtet, und wenn ja, hat sich dieser Verzicht in irgendeiner Weise auf die innerdeutschen Beziehungen ausgewirkt, und gegebenenfalls in welchem Bereich?
60. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung mit der SED Pauschalzahlungen für die Benutzung der Transitwege durch Bewohner Westdeutschlands und West-Berlins vereinbart, und damit die Höhe der Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland vom tatsächlichen Verkehrsaufkommen auf den Transitwegen abgekoppelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

61. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Nutzung von Biogas in der Bundesrepublik Deutschland (z. B. aus städtischen Kläranlagen) in Anbetracht der Tatsache, daß hier große Erfahrungen vorliegen und 1938 33 städtische Kläranlagen schon 18 Millionen m³ Biogas erzeugten?
62. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Chancen bestehen nach Ansicht der Bundesregierung durch Nutzung von Biogas aus den verschiedensten Abfällen in der Bundesrepublik Deutschland, und ist ihr bekannt, welche Mengen hier in Frage kommen?
63. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist der Bundesminister für Forschung und Technologie bereit, sich persönlich vor Ort vom derzeitigen Stand der Uran-Prospektion im Raum Baden-Baden/Gernsbach, die offensichtlich mehr und mehr in einen Uran-Abbau übergeht, ein Bild zu verschaffen und dabei den Gemeinderäten der Städte Baden-Baden und Gernsbach sowie deren Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister Gelegenheit zu geben, die mit dem Projekt verbundenen Probleme und Gefahren darzustellen?
64. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Hat der zuständige Referent für Kernbrennstoffbeschaffung im BMFT, Dr. Budde, erklärt, die Uranvorkommen im Raum Baden-Baden/Gernsbach erreichten mit „1,6 kg/Tonne schwedische Abbauqualitäten“ — wie im Badischen Tagblatt vom 9. Juni 1979 gemeldet — und wenn ja, wie ist dies damit zu vereinbaren, daß mir die Bundesregierung noch in der Fragestunde vom 10. Mai 1979 (Drucksache 8/2802) antwortete, das Uranerz trete mit einem durchschnittlichen Gehalt von etwa 500 g U₃O₈ pro Tonne Erz auf?

65. Abgeordneter
**Dr. Meyer zu
Bentrop**
(CDU/CSU) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung angesichts weiterer Verteuerung und zukünftiger Verknappung des Erdöls der „Biomasse“ Stroh bei, in welchem Umfang fördert sie Versuche zur wirtschaftlichen Verwendung von Stroh, insbesondere als Brennstoff?
66. Abgeordneter
**Dr. Meyer zu
Bentrop**
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung gegen eine Aufschließung von Stroh im einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb keine Einwände erhebt, andererseits aber zur Produktionsaufnahme bereiten Industriebetrieben – trotz jahrelanger positiver Erfahrungen im Ausland – die Zulassung versagt, und wann könnte gegebenenfalls mit der Zulassung gerechnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

67. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Ist die Bundesregierung willens und in der Lage, dem Deutschen Bundestag in absehbarer Zeit einen Bericht über die Einhaltung des EG-Codex in Südafrika durch deutsche Unternehmen vorzulegen, und wenn nein, welches sind die Gründe?
68. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß (trotz der mehrfachen Beanstandung der Praktiken der deutschen Auslandsvertretungen bei der Haltung von Kassenbeständen durch den Bundesrechnungshof) auch 1978 wieder überplanmäßige Mehrausgaben zur Abdeckung des Kursverlustes benötigt wurden, und zwar diesmal in einer Höhe, die den Haushaltsansatz 1978 um mehr als das Sechsfache übertraf, und wenn ja, worauf ist dies zurückzuführen?
69. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Welche Schritte mit welchem Ergebnis sind in diesem Zusammenhang zur Prüfung der Haftungsfrage und zur Verbesserung der Dienstaufsicht unternommen worden bzw. beabsichtigt?
70. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung die in Rhodesien lebenden Bundesbürger mit Miniatur-Flaggen und -Abzeichen ausstatten will, um sie und ihren Besitz vor terroristischen Übergriffen zu schützen?
71. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung gegebenenfalls die in Rhodesien lebenden Deutschen über die Erfolgsaussichten ihrer Pläne befragt, und hat sie verlässliche Erkenntnisse darüber, ob in der Vergangenheit weiße Bevölkerungsgruppen wegen ihrer Nationalität von Terrormaßnahmen im afrikanischen Raum ausgenommen worden sind?
72. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie die chinesische Presseagentur XINHUA gemeldet hat – der Vertreter Vietnams auf einer Konferenz der Vereinten Nationen in Jakarta erklärt hat, „daß seine Regierung jeden Monat 10 000 Flüchtlinge exportieren werde“, und wie beurteilt sie gegebenenfalls eine derartige als Vertreibung zu bezeichnende Politik Vietnams?

73. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Reiseunternehmen von ihren Kunden bei der Ausfüllung von Visa-Anträgen Orts- und Staatsbezeichnungen verlangen, die im Widerspruch zu den Geburtsurkunden stehen, weil sich sonst keine Einreisemöglichkeit in die Staaten des Ostblocks eröffnet, und was gedenkt sie dagegen zu tun, daß derartige Angaben von den Staaten des Ostblocks verlangt werden?
74. Abgeordneter
Dr. Klepsch
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Angehörigen von allein im Zweiten Weltkrieg über 3 Millionen gefallen Soldaten der ehemaligen deutschen Wehrmacht in den Ländern Ost- und Südosteuropas nicht wissen, ob ein Grab vorhanden und nachweisbar ist, und daß 34 Jahre nach Kriegsende der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge immer noch nicht die Möglichkeit einer Fürsorge für die deutschen Kriegsgräber im Osten erhalten hat, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
75. Abgeordneter
Dr. Klepsch
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung vorgesehen, um dieses humanitäre Anliegen großer Bevölkerungskreise aufzugreifen und die Voraussetzungen zur Erfassung, Herrichtung und Pflege der deutschen Soldatengräber in Osteuropa zu schaffen, u. U. auf der Grundlage entsprechender völkerrechtlich verbindlicher Vereinbarungen z. B. im Moskauer Vertrag, im Warschauer Vertrag, im Grundlagenvertrag sowie in der KSZE-Schlußakte, und wann gedenkt die Bundesregierung auf diesem Gebiet eine befriedigende Lösung dieses Problems herbeizuführen?
76. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung in der sorgfältigen Vorbereitung des Madrider Treffens (vgl. NATO-Schlußkommuniqué vom 1. Juni 1979) den verbündeten NATO-Staaten das gesamte Material über die menschenrechtliche Lage der Deutschen und die Verweigerung von Grundfreiheiten für sie im Ostblock darlegen sowie gemeinsame Forderungen auch für die Verbesserung der Lage der Deutschen im Bereich aller Menschenrechte (nicht nur der Meinungsäußerungsfreiheit) betreiben?
77. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Ist es den Deutschen östlich von Oder und Neiße möglich, Vereine zu gründen, die ähnliche Ziele wie mehrere polnische Verbände in der Bundesrepublik Deutschland haben, und wenn nein, wird sich die Bundesregierung darum bemühen, daß gemäß ihrer Zusage im Bundesrat, auf der Grundlage des Gegenseitigkeitsprinzips und der Verpflichtungen des politischen Menschenrechtspaktes die Gründung solcher Vereinigungen von deutschen Staatsangehörigen im jetzigen Zuständigkeitsbereich polnischer Behörden gewährleistet wird?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Welche Richtlinien gelten für die Durchführung von
Veranstaltungen im Rahmen der sicherheitspoli-
tischen Öffentlichkeitsarbeit, die durch das Presse-
und Informationsamt der Bundesregierung geför-
dert werden?
2. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Welche Organisationen, Vereinigungen und andere
Institutionen wurden 1978 und bisher in 1979 nicht
mehr gefördert?
3. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) In welcher Höhe beläuft sich die Förderung in dem
genannten Zeitraum?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Ist das politische Archiv des Auswärtigen Amtes
noch im Besitz der Protokolle zum Moskauer und
Warschauer Vertrag, oder sind diese Unterlagen in
der Zwischenzeit vernichtet worden?
5. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Trifft die Auffassung des russischen Cellisten
Rostropowitsch über die Kulturabkommen mit
den „Sozialistischen Staaten“ zu, daß die gegen-
seitigen Abkommen über den Kulturaustausch
nicht im Sinne einer freiheitlichen Begegnung funk-
tionieren, weil im Ostblock alles nur über die zu-
ständigen Ministerien geht „und die schicken nur,
wen sie wollen; das ist natürlich eine Farce“ (Die
Welt vom 30. Mai 1979), und wenn ja, was tut die
Bundesregierung, dies im Sinne unserer freiheitlich-
demokratischen Grundordnung und der für beide
Seiten geltenden internationalen menschenrecht-
lichen Vertragsverpflichtungen zu berücksichtigen
und zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD) In welcher Weise wird die Bundesregierung das von
der wissenschaftlichen Arbeitstagung zur deutschen
Orthographie in Mannheim am 26. Mai 1979 ange-
nommene Neun-Punkte-Programm in Richtung auf
eine Einigung mit Österreich, der Schweiz und der
DDR über eine gemäßigte Kleinschreibung fördern?

7. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um gegen Veranstaltungen der türkischen „Idealisten-“ oder „Kulturvereinigungen“ mit bewaffneten Teilnehmern, wie am Pfingstwochenende in Rüsselsheim, wirksam vorzugehen und Aufrufe zu Gewalttaten, wie von dem Parlamentarischen Staatssekretär von Schoeler in der Monitorsendung am 5. Juni 1979 ausgeführt, zu unterbinden?
8. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung eine eindeutige Erklärung darüber abgeben, ob es sich bei der Tätigkeit ehrenamtlicher Ausbildungskräfte des Bundesverbands für den Selbstschutz um eine selbständige oder unselbständige Tätigkeit und um ein „Beschäftigungsverhältnis“ im Sinne des § 53 des Beamtenversorgungsgesetzes handelt?
9. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für angebracht, im Interesse der Sicherheit des Kernkraftwerkes Philippsburg über dem Rhein bei Germersheim, wo offensichtlich zu Aufklärungsübungen immer wieder die dortige Rheinbrücke angeflogen wird, den militärischen Flugbetrieb einzustellen oder zumindest einzuschränken, und wäre die Bundesregierung bereit, in diesem Sinn auch mit den Bündnispartnern zu verhandeln?
10. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Trifft es zu — wie es sich aus einer Aussage der Energieversorgung Schwaben ergibt —, daß die Verschärfung der Standards für die Abgasreinigung bei Wärmekraftwerken im Rahmen der Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für das gesamte Gebiet Baden-Württemberg gelten wird und für Baden-Württemberg keine Ausnahme der Vermutungsklausel erwartbar ist?
11. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß sich die angeblich sicherste Ölpipeline der Welt von Genua nach Ingolstadt ganz unerwartet dort gesenkt habe, wie bei der 7. Tagung der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rhein-Einzugsgebiet (IAWR)“ in Basel mitgeteilt wurde, wo sie im Bodenseeufer eingebettet ist, im Hinblick auf die Gefährdung des Bodensees, des größten Trinkwasserspeichers Europas, und was muß gegebenenfalls getan werden, um dieser Gefahr wirkungsvoll vorzubeugen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

12. Abgeordnete
**Frau
Will-Feld**
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß viele Arbeitnehmer ihren Arbeitslohn lieber für dringendere Zwecke als für eine Alterssicherung verwenden, für richtig, daß eine steuerbegünstigte Direktversicherung der im Betrieb mitarbeitenden Ehefrau nur dann zugelassen wird, wenn für die gleichwertigen Arbeitnehmer eine Direktversicherung tatsächlich zugesagt ist (einheitlicher Ländererlaß vom 20. Februar 1978, S. 2176 — 11 — 311)?
13. Abgeordnete
**Frau
Will-Feld**
(CDU/CSU)
- Muß es nicht als ausreichend angesehen werden, daß die Direktversicherung allen gleichwertigen Arbeitnehmern nachweisbar angeboten worden ist?

14. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU)
- Welche Anpassungsregeln, die der Bundesfinanzhof im Urteil III R 1678 vom 23. Februar 1979 fordert, wird die Bundesregierung — gegebenenfalls zusammen mit den Landesregierungen und deren Landesfinanzverwaltungen — herbeiführen, um den durch eine bisherige Judikatur geschaffenen nachhaltigen Vertrauenstatbestand bei einer Änderung der Rechtsprechung (Verschärfung der Rechtsprechung) gleichwohl zu gewährleisten?
15. Abgeordneter
Schlaga
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Gründe darlegen, warum sie bei der Erstattung der den Aussiedlern bei der Umsiedlung entstandenen Kosten die Erstattung der Studien- und Ausbildungskosten, die im Herkunftsland von den Aussiedlern vor der Ausreise bezahlt werden müssen, ausgenommen hat?
16. Abgeordneter
Schlaga
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, künftig auch die Studien- und Ausbildungskosten, die Aussiedler in Ländern des Ostblocks vor ihrer Ausreise zu bezahlen haben, zu erstatten?
17. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nunmehr in der Lage mitzuteilen, welche Haltung sie zu den Plänen der US-Streitkräfte einnimmt, die Nutzung des von diesen bisher nur allgemein zu Übungszwecken genutzten Waldgeländes im Bereich Mannheim, Viernheim und Lampertheim zu einem Panzerübungs- und Panzerschießplatz zu verändern?
18. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung hat es, daß der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesfinanzminister in seinem Schreiben vom 11. Juni 1979 bei der Beschreibung der geographischen Lage des Übungsgeländes nur noch die Städte Viernheim und Lampertheim erwähnt?
19. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundesfinanzminister gegenüber Mandatsträgern der SPD jetzt eine Besichtigung der Hindenburg-Kaserne und der Emery-Barracks in Würzburg zugesagt hat, und wenn ja, welche Änderung der Sachlage gegenüber den Schreiben des Bundesfinanzministeriums an das Mitglied des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Bötsch, vom 14. Dezember 1978 und an den CSU-Ortsverband Zellerau vom 17. Januar 1979 ist inzwischen eingetreten?
20. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß im Zuge der Freigabeverhandlungen alle an den Minister Herantretenden, die ein Mandat der Bevölkerung wahrnehmen, insbesondere Abgeordnete des Deutschen Bundestages, laufend auf dem gleichen Informationsstand gehalten werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

21. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die deutsche Textilindustrie starke Bedenken hat wegen möglicher Maßnahmen der Europäischen Kommission zur Strukturverbesserung in diesem Bereich, und ist sie dazu bereit darauf hinzuwirken, daß nicht einseitige Begünstigungsmaßnahmen dazu führen, daß Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen mittelständischen Textilindustrie zustande kommen,

und daß die von der Europäischen Kommission zu vergebenden Mittel Verkaufsorganisationen oder Großfirmen zugute kommen, die in gewissen Mitgliedstaaten heute schon große Vorteile haben, indem ihnen Steuern und Abgaben gestundet oder erlassen werden und sogar der Maschinenpark staatlich finanziert wird?

22. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung gerade bei der Beratung von Strukturverbesserungsmaßnahmen für eine gleichmäßige Behandlung gleichartiger Betriebe und Gebiete eintreten, z. B. im Zusammenhang mit der jetzt vom Ministerrat, beschlossenen Ortolli-Anleihe?
23. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Vorschläge der EG-Kommission für eine Reglementierung des Ölmarkts im EG-Ministerrat abgelehnt hat, und wenn ja, aus welchen Gründen?
24. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Welche praktischen Konsequenzen hat die Bundesregierung bisher aus dem vom Bundeskanzler mitbeschlossenen Satz im Kommuniqué des Europäischen Rates vom 12./13. März 1979 in Paris gezogen, die Programme zur Erzeugung von Elektrizität nuklearen Ursprungs müßten verstärkt und beschleunigt werden, wann immer die Umstände dies erlauben, und welche Schritte sind zusätzlich zu bisherigen Planungen vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

25. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Georg Gallus MdB, — wie im „Schwarzwälder Boten“ vom 26./27. Mai 1979 gemeldet —, erklärt, daß „nicht alle landwirtschaftlichen Betriebe dem bäuerlichen Nachwuchs ein befriedigendes Einkommen garantieren können. Der bereits vorhandene starke Wettbewerb um die Flächen und Marktanteile in der Landwirtschaft werde sich unerträglich steigern, wenn die gesamte Landjugend in den Bauernberuf dränge“, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Auffassung?
26. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wenn ja, wie viele landwirtschaftliche Betriebe garantieren derzeit in der Bundesrepublik Deutschland und im Bundesland Baden-Württemberg ein „befriedigendes landwirtschaftliches Einkommen“?
27. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie viele landwirtschaftliche Betriebe können — den Schätzungen des Herrn Staatssekretärs zufolge — in zwei Jahrzehnten zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland und im Bundesland Baden-Württemberg bei etwa konstanter Entwicklung des technischen Fortschritts, also bei einer Entwicklung der Technologie wie in den vergangenen 20 Jahren, ihren Inhabern noch ein „befriedigendes Einkommen“ garantieren?

28. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Unterstützt die Bundesregierung das beim Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung laufende Forschungsvorhaben zur Findung neuer Beurteilungskriterien im Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Nutzung und Schutz der Natur und Tierwelt beim Abbau von Torfvorräten finanziell, und ist der Bundesregierung gegebenenfalls bekannt, wann mit dem Abschluß der Forschungsarbeiten zu rechnen ist?
29. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Wie viele Beamte der Bundesregierung waren bei der Ausarbeitung der Verordnungen über die Körung von Hengsten, Schafböcken und Ebern beschäftigt (Bundratsdrucksachen 202/79, 205/79 und 206/79), und welches Verhältnis besteht nach Meinung der Bundesregierung zwischen Aufwand und Ertrag bei diesen Verordnungen?
30. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Ist es der Bundesregierung nicht möglich, die infrage kommenden Verordnungen über die Körung von Hengsten, Ebern und Schafböcken, wenn überhaupt, nur in sehr kurzer Fassung dem Bundesrat zuzuleiten, damit der bürokratische Aufwand minimiert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

31. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich 1978 der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung insgesamt entwickelt hat, und wie bei den einzelnen Kassenarten im besonderen?
32. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Welche Stelle ist als zuständige Behörde bestimmt worden für die Beurteilung von Hilfen (z. B. Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen) nach § 6 der Ausgleichsabgabeverordnung nach dem Schwerbehindertengesetz vor der Leistungspflicht der Hauptfürsorgestelle, und sind schon Ausführungsbestimmungen über den Vollzug und die Leistung nach dieser Ausgleichsabgabeverordnung vorhanden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

33. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des allgemeinen Mangels an Ausbildungsstellen und insbesondere auf Grund der besonders problematischen Ausbildungssituation im Landkreis Birkenfeld die Zahl der Ausbildungsplätze in der bundeswehreigenen Ausbildungsstätte bei der Artillerieschule in Idar-Oberstein zu erhöhen oder im Bereich des Truppenübungsplatzes Baumholder eine Ausbildungsstätte zu schaffen, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls die nötigen materiellen Voraussetzungen, eventuell im Zusammenwirken mit dem Bundeswirtschaftsminister, schaffen?

34. Abgeordneter
Haase
(Kassel)
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus der von den USA für die Mitte der 80er Jahre geplanten Einrichtung des Satellitensystems „Navstar“ (vgl. Pressenotiz im Spiegel vom 5. Juni 1979) für ihre Beteiligung am NATO-Frühwarnsystem AWACS zu ziehen?
35. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob Auszubildende der Krankenpflege aus ihrer Ausbildung heraus zur Wehrübung einberufen werden können?
36. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie viele junge Männer aus der Bundesrepublik Deutschland, die unmittelbar vor oder in dem wehrpflichtigen Alter stehen, entzogen sich seit 1969 durch einen Umzug nach West-Berlin der Ableistung der Wehrpflicht oder des zivilen Ersatzdienstes?
37. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie lange nach den bisherigen Erfahrungen ein Wehrpflichtiger in Berlin wohnen bleiben muß, damit er auch seinen Umzug nach West-Berlin de facto um die Ableistung der Wehrpflicht oder des zivilen Ersatzdienstes herumkommt?
38. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Jahre ein Wehrpflichtiger, der sich durch Untertauchen der Ableistung des Wehrdienstes entzieht, strafrechtlich verfolgt wird, und mit welcher Strafe er bisher belegt wurde, wenn er gefaßt und verurteilt wurde?
39. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob sich die Zahl der jungen Männer, die sich durch Verlegung des Wohnsitzes nach Berlin durch Untertauchen oder durch eine Flucht ins Ausland der Wehrpflicht entziehen, auf bestimmte Berufsgruppen konzentrieren?
40. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Wieviel Prozent der in den Jahren 1975 bis 1979 zur Einberufung anstehenden Geburtsjahrgänge wurden tatsächlich zum Grundwehrdienst in der Bundeswehr einberufen, und was waren die Gründe für die nicht zum Grundwehrdienst eingezogenen Wehrpflichtigen?
41. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Wieviel Prozent der in den Jahren 1975 bis heute zum Grundwehrdienst einberufenen Wehrpflichtigen haben in ihren Geburtsjahrgängen nach dem Grundwehrdienst Reserveübungen abgeleistet?
42. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Wie lange waren die durchschnittlichen Reserveübungszeiten für den jeweiligen Geburtsjahrgang?
43. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Werden die wehrpflichtigen Grundwehrdienstleistenden ebenso wie Berufs- und Zeitsoldaten künftig für überdurchschnittliche Wochenstundenbelastungen zusätzlich finanziell entschädigt, und wie sieht eine solche Regelung aus, bzw. ab wann tritt sie in Kraft?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

44. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Was unternimmt die Bundesregierung gegenwärtig, um die internationale Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung der Anforderungen und Methoden bei der toxikologischen Prüfung chemischer Stoffe baldmöglichst zu erreichen?
45. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Kann sich die Bundesregierung der Auffassung anschließen, daß die Verschiebung der Altersgrenze von 27 Jahren für die Kindergeldzahlung für in Schul- oder Berufsausbildung befindliche Kinder nicht nur durch den in § 2 des Bundeskindergeldgesetzes aufgeführten berufsbedingten Wohnortwechsel, sondern auch durch andere schwerwiegende Gründe wie zum Beispiel durch Unfallfolgen eintreten sollte, und welche Initiativen plant die Bundesregierung, um die Voraussetzungen einer Weiterzahlung neu zu regeln?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

46. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD) Warum ist der Bahnübergang der besonders stark befahrenen Riedbahn bei Mörfelden im Zuge der B 44 noch nicht nach dem neuesten Stand der Technik ausgestattet?
47. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Trifft es nach Meinung der Bundesregierung zu, daß die gesetzlichen Vorschriften für die Beförderung von gefährlichen Gütern auf der Straße ungenügend sind und eine wirksame Kontrolle, die den vorhandenen Vorschriften und praktischen Erfordernissen entspricht, nicht stattfindet — wie die Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ vom 21. Mai 1979 feststellt —, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung gegebenenfalls daraus ziehen?
48. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Wie weit ist die Planung für die Autobahn Raststätte „Hunsrück“ bei Stromberg (BAB 61), und wann ist voraussichtlich mit dem Baubeginn zu rechnen?
49. Abgeordnete
**Frau
Hoffmann
(Hoya)**
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wieweit die Konzeption der Deutschen Bundesbahn zur Einstellung des Schienenverkehrs auf der Strecke Langwedel — Uelzen — Braunschweig ist?
50. Abgeordnete
**Frau
Hoffmann
(Hoya)**
(CDU/CSU) Sollte nicht auf Grund der energiepolitisch kritischen Situation die Bundesregierung alles tun, um ein Verkehrsangebot auch für künftige ölärmere Zeiten aufrechtzuerhalten, das nachweisbar energiesparsameren Transport garantiert?
51. Abgeordnete
**Frau
Hoffmann
(Hoya)**
(CDU/CSU) Wie sieht die Bundesregierung die Möglichkeit zur Vergabe einer Modellprojektstudie, die über die Bedeutung der Strecke Uelzen — Langwedel und Uelzen — Braunschweig für die betroffene Region gefertigt werden könnte?
52. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welche Trassenführungen im Zuge des Ausbaus der B 264 und B 477 im Bereich der Stadt Kerpen sind im einzelnen vorgesehen, und welche Dringlichkeit mißt das Bundesverkehrsministerium dieser Maßnahme bei?

53. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist das Bundesverkehrsministerium bereit, den in dem Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Kerpen an den Bundesverkehrsminister vom 7. Juni 1979 unterbreiteten Vorstellungen zur Trassenführung der B 264 und B 477 im Bereich der Stadt Kerpen Rechnung zu tragen?
54. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Worauf sind die Verzögerungen bei den Umbauarbeiten am Bahnhof Baden-Baden zurückzuführen, und wie hoch wird die Gesamtsumme der Umbaukosten voraussichtlich sein?
55. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen einzuleiten, die den zu hohen Grundwasserstand vor allem in den Gemarkungen Rheinmünster, Hügelsheim und Iffezheim, wie er sich in Folge des Rheinstaufstufenbaus ergeben hat, absenken, um das drohende Absterben der reizvollen, für den Naturlandhaushalt unentbehrlichen Auenwälder zu verhindern?
56. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU) Ist nach Ansicht der Bundesregierung die Versorgung von Unternehmen des Nahverkehrs (Kommunale Verkehrsbetriebe etc.) mit dem zum Betrieb der Fahrzeuge erforderlichen Kraftstoff derzeit und in absehbarem Zeitraum gesichert, und welche Maßnahmen wird sie gegebenenfalls und wann ergreifen, um die Versorgung in jedem Fall sicherzustellen?
57. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Deutsche Bundespost in Kürze das Gebäude der Firma Reemtsma-Zigarettenfabriken GmbH, in Hamburg-Wandsbek, Walddörfer Straße 103, zum Zwecke der Zentralisierung des Fernmeldeamtes 2 in Hamburg zu erwerben?
58. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) Ist die Deutsche Bundespost gegebenenfalls nach dem erfolgten Erwerb des Werksgebäudes der Reemtsma-Zigarettenfabriken GmbH in Hamburg-Wandsbek, Walddörfer Straße 103, bereit, und wird sie sicherstellen, daß bei den notwendigen Umbaumaßnahmen die denkmalgeschützte Fassade des Gebäudes erhalten bleibt?
59. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Wie rechtfertigt die Deutsche Bundespost die Tatsache, daß auf Messeständen beim Anschluß von Telefongeräten für wenige Tage an bereits in den Messehallen vorhandenen Leitungen und ohne weitere Kosten für z. B. Eintragung in Telefonbücher die volle Anschlußgebühr von 200 DM erhoben wird, und hält die Deutsche Bundespost Vorschläge für sinnvoll, die statt dessen auf die Erhebung einer doppelten Monatsgrundgebühr oder darauf hinauslaufen, daß die Erhebung der 200 DM-Gebühr als „Mindestgebühr“ auf die Gesprächseinheiten verrechnet wird?
60. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, durch Herausgabe von Sonderpostwertzeichen mit Zuschlag die unverzichtbare, uneigennützige und freiwillige Leistung und Arbeit von Verbänden und Organisationen zu fördern, die sich der Pflege, des Erhalts und der Wiedergewinnung von Landschafts- und Naturschutz annehmen?

61. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß auch in den Kieler Umlandgemeinden Kabelfernsehen eingeführt wird, wenn es zu einer Verkabelung des Kieler Ortsnetzes kommt, wenn nein, welche Gründe sprechen gegen die technisch mögliche Einbeziehung des Umlandes?
62. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wann wird voraussichtlich in Kiel Kabelfernsehen eingeführt, und welche Umlandgemeinden könnten in diesen Versuch miteinbezogen werden?
63. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Erfahrungen hat die Deutsche Bundespost bisher mit dem neuen Bemessungssystem für die Einteilung der Brief-Zustellbezirke gemacht, und steht insbesondere der umfangreiche Meßaufwand in angemessenem Verhältnis zur erreichten Personalkostenersparnis?
64. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Zuschläge bei der Personalbemessung werden im Rahmen der Post-Neuordnung den Postämtern ohne Verwaltung gewährt, und reichen sie aus, um eine ortsnahe und unbürokratische Verwaltung dieser Ämter, vor allem bei der Haus- und Grundstücksbewirtschaftung, zu gewährleisten?
65. Abgeordneter
Schmidt
(Wuppertal)
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung im Hinblick auf die gebotene Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung für vertretbar, daß in der Stadt Wuppertal mit ca. 400 000 Einwohnern von Sonnabend 20 Uhr bis Montag 6 Uhr für Postkunden nur ein einziges Postamt für eine Stunde geöffnet ist, während in Bonn mit ca. 285 000 Einwohnern an zumindest einem Postamt ein ununterbrochener Service geboten wird?
66. Abgeordneter
Schmidt
(Wuppertal)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im Sinne vorstehender Frage eine Gleichbehandlung größerer Städte mit zumindest annähernd gleichem Bedarf anzustreben?
67. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Trifft es zu, daß der Personalbestand bei den Postämtern Hofheim, Königstein und Frankfurt-Höchst so niedrig ist, daß wichtige Dienstleistungen der Post für den Bürger nur bei Ableistung einer großen Zahl von Überstunden aufrecht erhalten werden können, und daß die dort Beschäftigten ihren Urlaub wegen der angespannten Personallage nicht planmäßig antreten können?
68. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Deutsche Bundespost die Überführung des Postreisedienstes in handelsrechtliche Gesellschaften, und wenn ja, wann ist mit der Beendigung dieses Vorhabens zu rechnen?
69. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Welche personalpolitischen Auswirkungen, auch im dienstrechtlichen Bereich, hätte gegebenenfalls eine derartige Überführung des Postreisedienstes in handelsrechtliche Gesellschaften?
70. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß es in den letzten Wochen wegen angeblicher Abschaltung eines Teils der Direktwahlkapazität praktisch unmöglich sei, zu irgend einer Zeit Teilnehmer der Postbezirke Kattowitz und Oppeln telefonisch in Direktwahl anzurufen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, umsomehr, als die Direktwahl in angrenzende Postbereiche solche Schwierigkeiten nicht bereitet?

71. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wie viele Paketsendungen erreichen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung ihre Empfänger in der DDR überhaupt nicht oder nur unvollständig?
72. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Was ist der Bundesregierung über den Verbleib der Pakete, bzw. Paketinhalte bekannt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

73. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) War der Bundesregierung bei der Beantwortung der Frage des Kollegen Jäger (Wangen) (Anlage 13 zum Protokoll vom 1. Juni 1979), wonach die DDR lediglich die Errichtung eines weiteren Kernkraftwerks bei Stendal plane, nicht bekannt, daß in der DDR derzeit fünf weitere Kernkraftwerke im Bau und ein Dutzend geplant sind, die in 20 Jahren 50 v. H. der für den „Aufbau des Kommunismus“ benötigten Energie liefern sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

74. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Methoden der mikrobiellen Laugung zur Gewinnung metallischer Rohstoffe werden in der Bundesrepublik Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung angewendet und als Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von der Bundesregierung im einzelnen unterstützt?
75. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, warum sich der Einsatz von Bakterien zur Armerzaufbereitung in der Bundesrepublik Deutschland (mikrobielle Laugung) im Gegensatz zu der Praxis in anderen Ländern noch nicht im vollen Umfang in Deutschland auch im Interesse der Verringerung der Rohstoffabhängigkeit durchgesetzt hat?
76. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der Lage auf dem Energiesektor ihre Forschungs- und Bemühungen zur Umwandlung von Agrarprodukten in Energie zu verstärken und auf neue Möglichkeiten wie z. B. der Energiegewinnung aus Zuckerrüben auszuweiten?
77. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Haben die bislang abgeschlossenen Forschungsvorhaben zur Erschließung neuer Energiequellen aus Agrarprodukten für die Praxis verwertbare Ergebnisse gebracht, und welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls daraus zu ziehen?
78. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Bei welchem Oel- oder Benzinpreis werden agrarische Erdölsubstitute oder alternative Kraftstoffe aus Agrarprodukten rentabel unter Berücksichtigung neuer Produktionskapazitäten?

79. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Gefahren bekannt, die durch das planlose Abholzen der Wälder in Ländern der Dritten Welt für das Weltklima und damit auch für das Klima in der Bundesrepublik Deutschland drohen, und welche Schritte kann die Bundesregierung unternehmen, um der drohenden Entwicklung vorzubeugen?
80. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung die erste digital gesteuerte, nach Presseinformationen vom britischen Autoelektrik-Unternehmen Lucas entwickelte Benzineinspritzung für Automotoren bekannt, durch die der Benzinverbrauch um 5 bis 25 Prozent gesenkt werden kann, und ist sie gegebenenfalls bereit, ähnliche benzinsparende Motorentwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu fördern?
81. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des US-Energieministeriums, Sonnenenergie in jeder Form – Licht, Wind, Meeresströmungen und Biomassen – „wird schon in 20 Jahren die wichtigste Energiequelle sein“, vorgetragen vor der 25. Jahrestagung der Internationalen Gesellschaft für Sonnenenergie (ISES), die vom 28. Mai bis 1. Juni 1979 in Atlanta (Georgia) abgehalten wurde, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Energiepolitik der Bundesregierung?

Bonn, den 15. Juni 1979